

ren Aktionen nichts bewirken, daß sie nie eine Alternative entwickelt haben, daß es keine Massenbasis für die Stadtguerilla gab und gibt. „Wir haben“, heißt es in der Verlautbarung, „keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglichst macht“ – eine realistische Bestandsaufnahme, die es seit Gründung der RAF so noch nicht gegeben hat.

Begonnen hatte der Terror Anfang der siebziger Jahre mit Anschlügen auf amerikanische Hauptquartiere, als Protest gegen „US-Imperialismus“ und Vietnamkrieg. Damals habe sich die RAF, erinnert sich Ex-Terrorist Klaus Jünschke, in einem „Weltbürgerkrieg“ gewähnt (siehe Seite 22).

Nach Festnahme der RAF-Gründer Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin gerieten zunehmend Exponenten des verhaßten kapitalistischen Systems, wie etwa der Bankier Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer, ins Visier.

Die dritte Generation der RAF, die seit 1985 bombt und schießt, begründete ihre Verbrechen zunächst mit dem Krieg gegen Rüstungsindustrie („militärisch-industrieller Komplex“) und Ausbeutung der Dritten Welt. Seit 1989, nach Mauerfall und Zusammenbruch des Ostblocks, haben sich die Untergrundkämpfer jedoch zunehmend auf den Kampf gegen die „imperialistische Bestie“ und die „reaktionären großdeutschen und westeuropäischen Pläne zur Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen“ im Osten eingeschossen.

Vergeblich versuchten Politiker und Polizisten, die Gewalt mit Härte und mit der Vergrößerung des Verfolgungsapparats einzudämmen.

Die Bundestagsabgeordneten stimmten über Parteigrenzen hinweg für das Kontaktsperregesetz, das die Verteidigerrechte so stark einschränkte wie nirgends in Westeuropa, und beschloßen die Einführung neuer Straftatbestände. Horst Herold, ein Jahrzehnt als BKA-Chef mit der RAF konfrontiert, versuchte die Staatsfeinde mit der Informationsmacht von Computern zu besiegen, bis er sich selbst im Gestrüpp seiner Datensammlungen verding und fiel.

In Stuttgart-Stammheim wurde der Hochsicherheitstrakt errichtet, ein zu Beton erstarrtes Symbol unbeugsamer Staatsräson. Das Bundeskriminalamt wurde zur größten Polizeizentrale Europas ausgebaut – und wurde mit der terroristischen Bedrohung doch nie fertig.

Dennoch spielen sich vor allem Unionspolitiker jetzt als Sieger auf. Aus München ließ sich Innenminister Edmund Stoiber vernehmen, die Umkehr der RAF sei das „Verdienst der konsequenten Haltung des Staates und der Sicherheitsbehörden, die Verhandlungen mit der RAF abgelehnt und diese als

Schwerstkriminelle behandelt“ hätten. Und im *Bayernkurier* wies Waigel jeden Gedanken an eine „Versöhnung“ zurück.

Daß Kabinettskollegen wie Waigel jegliches Umdenken ablehnen, betrachtet Kinkel nicht als Hindernis für weitgehende Überlegungen: Sogar eine Novellierung der Antiterrorgesetze und ein Abbau des aufgeblähten Sicherheitsapparats erscheinen dem Justizminister nun möglich.

Zwar ist die RAF, nach Einschätzung der Sicherheitsexperten, jederzeit in der Lage, ihre mörderischen Aktivitäten wieder aufzunehmen. Sie hat auch unverhohlen damit gedroht: Sollte die staatliche

Seite weiter auf „Krieg gegen unten“ setzen, heißt es in dem RAF-Papier, sei „die Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei“.

Doch Kinkel ist zuversichtlich, daß es soweit nicht mehr kommen wird. Hinter das Eingeständnis, daß ihre Strategie gescheitert sei, könnten die RAF-Täter nicht mehr zurück. Und die langjährige grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer, die sich seit Jahren in Gesprächen mit Häftlingen um Deeskalation bemüht, hat in dem Untergrund-Papier sogar „sehr schöne Sätze“ entdeckt, zum Beispiel die Ankündigung der RAF: „Wir werden demnächst über alles genauer reden.“

„Eine erhebliche Chance“

Justizminister Klaus Kinkel (FDP) über Terrorismus, Staat und Gewalt

SPIEGEL: Herr Kinkel, ist mit der jüngsten Erklärung der Roten Armee Fraktion, nach 20 Jahren Eskalation der Gewalt, das Ende des RAF-Terrorismus gekommen?

KINKEL: Ich würde mir wünschen, daß es so wäre. Jedenfalls ist es eine völlig neue Entwicklung. Und hoffentlich eine historische Zäsur.

SPIEGEL: Die Erklärung hat Sie und die Sicherheitsbehörden offenbar völlig überrascht.

KINKEL: Ja, das muß ich offen sagen. In dieser Deutlichkeit und zu diesem Zeitpunkt hatte das wohl niemand erwartet.

SPIEGEL: Die Experten haben eher damit gerechnet, daß aus den Zellen heraus eine Erklärung kommt.

KINKEL: Das ist richtig. Ich hatte mit meinen Bemühungen zunächst vor allem auf Bewegung unter den Inhaftierten gezielt. Nun bin ich positiv überrascht, daß diese Erklärung, so wie es aussieht, direkt von der RAF-Kommandoebene gekommen ist. Ich appelliere daher dringend an die inhaftierten RAF-Mitglieder, ebenfalls Gewalt abzulehnen, sich auf die neue Situation einzustellen und sich auf die politische Auseinandersetzung zu verlegen. Dies würde den gesamten Weg der Versöhnung erheblich erleichtern.

SPIEGEL: Bedeutet das RAF-Papier nicht nur einen Waffenstillstand auf Zeit, der von den Terroristen jederzeit gekündigt werden kann, wenn der



Justizpolitiker Kinkel: „Der Staat ist nicht der ewige Rächer“

Staat ihre Bedingungen nicht erfüllt?

KINKEL: Zwar werden von der RAF Bedingungen als Voraussetzung für einen dauerhaften Verzicht auf Gewalt gestellt. Doch den Begriff vom Waffenstillstand auf Zeit möchte ich nicht wählen. Die Erklärung der RAF hat eine grundsätzliche Bedeutung, hinter die Analyse ihrer eigenen Lage können die Verfasser der Stellungnahme nicht mehr zurück.

SPIEGEL: Die RAF nimmt wörtlich Bezug auf Sie und lobt Ihren Plan, einige Häftlinge vor der vollen Verbüßung ihrer Strafe vorzeitig freizulassen. Bisher hat sich in Wahrheit jedoch nicht viel getan, nur die in Bayern inhaftierte Claudia Wannersdorfer ist auf freien Fuß gesetzt worden.

KINKEL: Es sind insgesamt, was nicht so sehr nach draußen gedrungen ist, drei Häftlinge freigelassen worden: Thomas Kilpper bereits am 13. November 1991, Claudia Wannersdorfer am 13. Februar und Thomas Thoene am 1. April dieses Jahres...

SPIEGEL: Eher Randfiguren der Szene. Die RAF erwartet mehr.

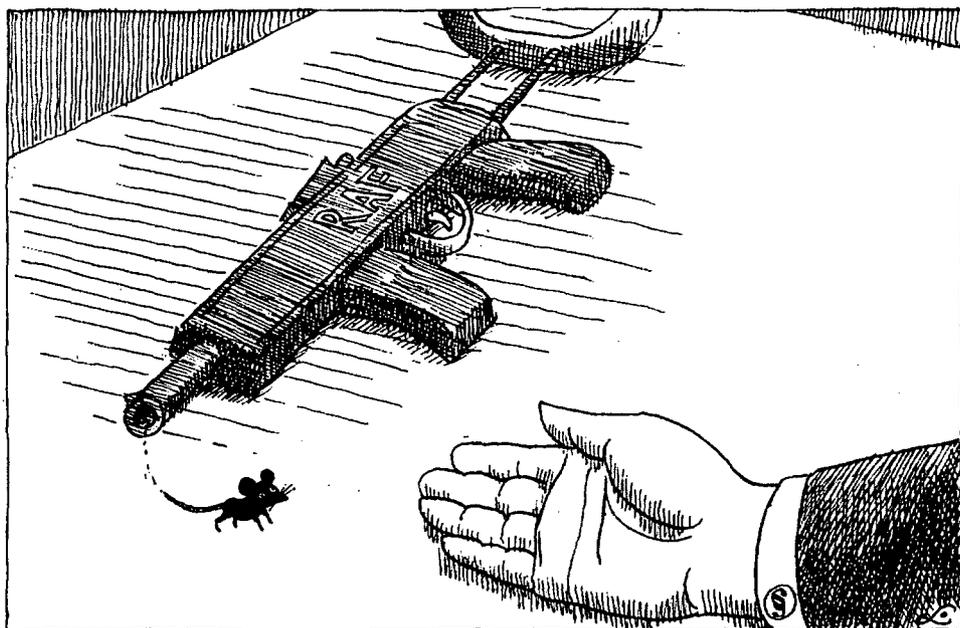
KINKEL: Voriges und dieses Jahr stand und steht bei einer Reihe von RAF-Häftlingen die Regelüberprüfung für die Fortdauer der Haft nach dem Strafgesetzbuch an. Dabei müssen für eine vorzeitige Freilassung der Häftlinge verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Die Häftlinge müssen zustimmen, die Mindesthaftzeit muß verbüßt sein, und es muß eine günstige Sozialprognose geben, daß der Häftling in Freiheit keine Straftaten mehr begehen wird. Außerdem darf die Schuld des Verurteilten nicht so schwer wiegen, daß sich eine Freilassung allein deshalb verbietet.

Die Abklärungen, die dazu notwendig sind, laufen im Augenblick noch. Ich hoffe, daß dies bei einigen Fällen in allernächster Zukunft zu Ende gebracht werden kann und daß die zuständigen Gerichte bei ihren Entscheidungen die neue Situation berücksichtigen.

SPIEGEL: Will der Staat auch künftig von den Entlassungskandidaten verlangen, formell der Gewalt abzuschwören, oder ist das nun obsolet geworden?

KINKEL: Es wird auch künftig eine Mitwirkung des einzelnen, eine Zustimmung zu den Bedingungen der Haftentlassung erforderlich sein.

SPIEGEL: Können Sie Namen nennen von RAF-Häftlingen, die demnächst freigelassen werden? Gehören dazu zum Beispiel der in Bruchsal einsitzende Günter Sonnenberg, der an den Folgen schwerer Verletzungen leidet, und Irmgard Möller, die mit 20 Jahren die läng-



Annäherung

Süddeutsche Zeitung

ste Haftzeit aller Gefangenen hinter sich hat?

KINKEL: Ich will zu Einzelfällen nichts sagen, um den laufenden Prozeß nicht zu stören. Die beteiligten Sicherheitsbehörden und Politiker werden, auch das ist eine Folge des Briefes, unverzüglich über weitere Wege beraten. Es besteht ja auch, unabhängig vom Strafgesetzbuch, die Möglichkeit des Gnadenverfahrens.

SPIEGEL: Gibt es dazu Anträge?

KINKEL: Die Mutter des Inhaftierten Bernd Rößner hat ein Gnadenverfahren beantragt. Dem hat sich Rößner angeschlossen.

SPIEGEL: Die RAF fordert, daß auch der Staat ein deutliches Signal setzen und die Walze aus Repression und Vernichtung, wie die RAF das nennt, anhalten soll. Können und wollen Sie dem nachkommen?

KINKEL: Sicher ist, daß das Gewaltmonopol beim Staat bleiben muß und daß wir nur im Rahmen der Gesetze handeln können. Wir sind kein Nachwächterstaat, sondern eine wehrhafte Demokratie. Aber wir werden alles prüfen, was im Rahmen der Gesetze denkbar ist.

SPIEGEL: Der Verfassungsschutz und auch Sie sind schon seit Jahren der Auffassung, daß eine Neugestaltung der Haftbedingungen den Zulauf immer neuer Sympathisanten aus den Solidaritätskomitees stoppen und damit mittelfristig das Problem RAF lösen könnte. Ist jetzt der Weg frei für eine Zusammenlegung der Inhaftierten?

KINKEL: Welche Bedeutung die Kommandoebene der Frage der Inhaftierten beimißt, ergibt sich aus dem neuen RAF-Papier selber. Das muß bei unse-

ren Beratungen, die vor Ostern bereits begonnen haben, ganz besonders berücksichtigt werden, mehr möchte ich dazu im Augenblick nicht sagen. Ich möchte mir nichts verbauen. Das kann alles nicht im Hauruckverfahren bewältigt werden, hier ist hohe Sensibilität gefragt.

SPIEGEL: Werden jetzt Auswüchse der Gesetzgebung, die der Rechtsstaat glaube der terroristischen Bedrohung entgegensetzen zu müssen, zurückgestutzt?

KINKEL: Der Rechtsstaat hat mit seinen Gesetzen und Maßnahmen auf die terroristische Bedrohung reagiert. Sollte sie entfallen, könnten wir an manches denken, zum Beispiel im Bereich des übertriebenen Personenschutzes, aber auch bei den Gesetzen. Denkbar ist auch, den Apparat der Sicherheitsbehörden, der ja erheblich aufgerüstet worden ist, wieder abzuspecken – zum Beispiel zugunsten einer effektiven Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

SPIEGEL: Kritik an möglichen Kompromissen ist, wie früher schon, prompt aus den Reihen Ihres Koalitionspartners gekommen. CSU-Chef Theo Waigel warnt vor Konzessionen an die RAF.

KINKEL: Ich habe bisher in der Bundesregierung und beim Koalitionspartner CDU eigentlich sehr viel Verständnis für meine Haltung gefunden. Die Hauptkritik kam immer aus Bayern, das empfand ich als wenig hilfreich, das war auch manchmal unter der Gürtellinie. Ich denke trotzdem, daß es gelingen wird, zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Niemand sollte die erhebliche Chance verspielen, die wir jetzt haben, um nach 20 Jahren endlich diesen un-



Studentendemonstration gegen den Vietnamkrieg in Berlin 1968: „It's time for fighting in the streets now“

„Wir haben absolut gehaßt“

Der RAF-Aussteiger Klaus Jünschke über das Ende des bewaffneten Kampfes

Jünschke, 44, beteiligte sich 1971 an einem Banküberfall, bei dem ein Polizist getötet wurde; 1972 wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Gefängnis sagte sich Jünschke vom Terrorismus los und wurde 1988 begnadigt. Der Ex-Terrorist, der inzwischen als Sozialwissenschaftler in Köln lebt, schildert aus seiner Sicht, weshalb Terrorismus entstehen konnte und scheitern mußte.

Am Montag vor Ostern hat die RAF die bundesdeutsche Gesellschaft mit einer Erklärung überrascht, in der sie die vorläufige Einstellung ihres bewaffneten Kampfes ankündigt. Es ist die Antwort auf die Initiative von Bundesjustizminister Kinkel. Zum erstenmal in der Geschichte der RAF wurde von einem Regierenden die Bereitschaft zur Deeskalation signalisiert.

1970 stellte sich für die RAF die Weltlage wie für viele andere Marxisten-Leninisten so dar: das Welt-Dorf (Afrika, Asien, Lateinamerika) im Weltbürgerkrieg gegen die Welt-Stadt (Japan, USA, Westeuropa).

Aus der Identifikation mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt – „Sieg im Volkskrieg“ – ergab sich für sie die Notwendigkeit der Errichtung einer zweiten Front im Hinterland, im Rücken des imperialistischen Feindes. Die Rolling Stones lieferten der weltrevolutionären Vision die Musik: „It's time for fighting in the streets now.“

Das ist Geschichte. Das sozialistische Lager existiert nicht mehr, die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen sind Staat geworden. Die ehemaligen Revolutionäre der Dritten Welt kämpfen heute in der Uno dafür, daß die reichen Länder

ihr Versprechen einlösen und wenigstens ein Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklung an die armen Länder zurückgeben.

Der RAF als antiimperialistischer Stadtguerilla ist der Zusammenhang verlorengegangen, aus dem sie entstand und aus dem heraus sie sich legitimierte. Jetzt stehen sie da mit ihren Bomben und anderen Waffen und wissen, daß es nicht die geeigneten Werkzeuge sind, um die Probleme zu lösen, die wir in unserer immer kleiner werdenden Weltgesellschaft haben.



RAF-Aussteiger Jünschke
„Viele mußten kotzen“

Selbst die RAF hat jetzt begriffen, daß die alltägliche Gewalt, die auf den Menschen lastet und sie klein macht, nicht weggebombt werden kann: nicht die Kindesmißhandlungen, nicht die Abschiebung der Alten, nicht die Gewalt gegen Frauen, nicht der wiederaufgelebte Rassismus.

Daß die RAF dieser Veränderung der internationalen politischen Situation jetzt mit einer Erklärung Rechnung trägt, in der sie die Einstellung ihrer Attentate bekanntgibt, hat auch innergesellschaftliche Ursachen.

Zur Erinnerung: Mit der Befreiung von Andreas Baader 1970 während einer Ausführung in die Bücherei des Zentralinstituts für soziale Fragen in Berlin-Dahlem wurde die RAF gegründet. Dabei verlor einer die Nerven und schoß auf den Institutangestellten Georg Linke. Einen Menschen schwer zu verletzen, um einen Gefangenen zu befreien, das hatte niemand gewollt. Astrid Proll hat über diesen Beginn berichtet, daß viele, die an dieser ersten Aktion beteiligt waren, anschließend kotzen mußten, so elend fühlten sie sich hinterher. Bereits die Gründungsaktion zeigte, daß der hohe moralische Anspruch – „Dem Volke dienen!“ – in der Praxis des bewaffneten Kampfes nicht gelebt werden konnte.

Was folgte, ist mehr oder weniger bekannt. Die RAF hat über 30 Menschen getötet, und fast ebenso viele RAF-Leute starben in dieser bewaffneten Auseinandersetzung auf der Straße und in den Gefängnissen für ihre Ziele.

Nach lateinamerikanischen Vorbildern kam es zu einer Stadtguerilla in der Bundesrepublik, in Italien und in Japan. Die äußere Ursache für die radikale Politisierung der weltweiten Protestbewegung – der Vietnamkrieg – traf in den Staaten der ehemaligen Achsenmächte auf die innere Ursache der nicht aufgearbeiteten faschistischen Vergangenheit.

Für diejenigen, die nichts verstehen wollen, sei es noch einmal unmißver-

ständig ausgesprochen: Es geht nicht um eine Rechtfertigung der Existenz und der Aktionen der RAF. Es geht nicht darum, die Täterinnen und Täter zu Opfern zu machen und die Ermordeten und das Leid ihrer Angehörigen zu ignorieren. Es geht nicht um einen Streit, wer größere Schuld an den Geschehnissen hat. Es ist müßig zu diskutieren, wer angefangen hat.

Es gab für die folgende Eskalation keine eigentlichen Anfänge. Und jeder Versuch der Vermittlung wurde roh zurückgewiesen. Staat und Gesellschaft hatten die Kriegserklärung der RAF, die sich als Partei auf seiten der Vietcong in einem Welt-Bürgerkrieg begriff, blindwütig angenommen.

Beides – die Entstehung einer bewaffneten Gruppe in der Bundesrepublik und die Entscheidung auf seiten des Staates, sie bedingungslos zu zerschlagen – kann nur aus der deutschen Geschichte heraus verstanden werden.

Ich wurde in den vergangenen Jahren oft gefragt, warum wir dem Satz des sozialdemokratischen Kanzlers Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ nicht trauten. Meine Antwort: Von Willy Brandt gab es kein Wort der Kritik an der amerikanischen Kriegführung. In der Konfrontation zwischen der Protestgeneration und der Auschwitz-Generation hat die Sozialdemokratie keine Anstalten gemacht, die alten Nazis aus ihren führenden Positionen in Staat und Wirtschaft zu entfernen.

Dazu kam dieses heute kaum noch vorstellbare Haßklima in der Gesellschaft: „Geht doch nach drüben, wenn es euch hier nicht paßt“, und „Ihr gehört doch alle vergast“. Und wir haben genauso kompromißlos und absolut gehaßt.

Es gab keine Kultur der Deeskalation von Konflikten. Vielleicht kann man sich darauf verständigen. Aber ich denke, daß diese Verständigung nur möglich ist, wenn auf der Seite derjenigen, die an ihrem Härteideal festhalten, diese Härte selbst in Frage gestellt wird.

Ein Blick auf ganz andere Gewalttäter, für die in dieser Gesellschaft sehr viel mehr Verständnis aufgebracht wird als für die RAF-Leute, zeigt, wie die an der Spitze des Staates propagierte Härte unten ankommt und weitergegeben wird. Junge Männer, die von einem Männlichkeitswahn und Härteideal verblendet Flüchtlingsheime attackieren, vergeifen sich rücksichtslos an Schwachen.

Wer in diesem Land auf Härte bei der Lösung politischer und sozialer Konflikte setzt, muß wissen, zu welchen Traditionslinien deutscher Geschichte er damit Verbindungen herstellt, daß er Schleusen zu unserer unaufgearbeiteten Vergangenheit öffnet.

Im Hungerstreik des Frühjahrs 1989 forderten die Gefangenen der RAF ihre

Zusammenlegung. Nicht wie CDU- und CSU-Sicherheitsexperten äußerten, um ihre Kampfbedingungen zu verbessern, sondern um kollektiv ihre Geschichte zu diskutieren. Jeder Versuch der Gefangenen, miteinander zu kommunizieren, wurde kriminalisiert. Aber seit über drei Jahren ist mir von keiner und keinem Gefangenen aus der RAF eine Äußerung bekannt, die für die Fortführung der bewaffneten Politik der RAF eintritt.

Daß die RAF die Waffen schweigen lassen und zur Rede, das heißt zur politischen Basisarbeit, zurückkehren will, muß ernst genommen werden. Auch wenn dieses Gesprächsangebot mit Drohgebärden daherkommt.



Herrhausen-Attentat 1989: „Das Gewaltmonopol muß beim Staat bleiben“

Die Bonner Parteien haben mit dem, was sie jetzt bezüglich der RAF und der Gefangenen aus der RAF zu beschließen haben, auch die exemplarische Chance für eine Entscheidung gegen die unaufgearbeitete Vergangenheit, wie sie in den letzten beiden Landtagswahlen sichtbar wurde.

In seinem Vortrag „Erziehung nach Auschwitz“ sagte der Philosoph Theodor Adorno: „Indem man das Recht des Staates (die Staatsräson) über das seiner Angehörigen stellt, ist das Grauen potentiell schon gesetzt.“

Es geht jetzt nicht nur um die Gefangenen. Auch denen aus der sogenannten Kommandoebene der RAF, also denen, die jetzt diese Erklärung abgaben, muß die Amnestie angeboten werden. Für die Menschenrechte, für die Demokratie.

glückseligen Kreislauf der Gewalt zu beenden.

SPIEGEL: Eine schwierige Lage könnte, auch nach dem RAF-Gewaltverzicht, entstehen, wenn Täter gefaßt und hart verurteilt werden. Ist auch der Gedanke einer Amnestie denkbar geworden?

KINKEL: Wir werden diejenigen, die strafbare Handlungen begangen haben, nicht aus ihrer Verantwortung entlassen können.

SPIEGEL: Sie werden von Unionspolitikern gescholten, weil Sie für eine Versöhnung zwischen Staat und Terrorismus eintreten. Diese Kritiker müssen für Ihren Kurs erst noch gewonnen werden.

KINKEL: Bei meinem damaligen Appell an die RAF draußen und drinnen habe

ich darauf hingewiesen, daß sich der Staat nicht erpressen lassen darf und daß gleiches Recht für alle gilt. Er muß aber auch zur Versöhnung bereit sein, wenn die Gewalteskalation beendet werden kann. Dem Strafrecht ist der Gedanke der Versöhnung ja geradezu immanent, ich habe diesen Begriff sehr bewußt gewählt. Der Staat ist eben nicht der ewige Rächer.

Auch in der vorzeitigen Entlassung von RAF-Häftlingen zur Bewährung liegt das Element der Versöhnung. Versöhnung setzt eben gerade nicht, wie meine Kritiker argumentieren, voraus, daß sich beide Seiten schuldig gemacht haben. Versöhnung ist ein Grundgebot moralisch-ethischer Haltung und ein Prinzip christlichen Denkens.

Wir haben jetzt eine historische Chance, auf diesem Weg voranzukommen.